

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.  
Ludolfusstraße 2-4 · 60487 Frankfurt



VERBAND BINATIONALER FAMILIEN  
UND PARTNERSCHAFTEN, iaf e.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Landesgeschäftsstelle Hessen  
Ludolfusstraße 2 – 4  
60487 Frankfurt | Main

Fon ++ 49.(0)69.713756-0

Fax ++ 49.(0)69.7075092

Mail [verband-binationaler@t-online.de](mailto:verband-binationaler@t-online.de)

Net [www.verband-binationaler.de](http://www.verband-binationaler.de)

Frankfurt am Main, 27.03.2006

## **Praktiker-Erfahrungsaustausch im Rahmen der Evaluation des Zuwanderungsgesetzes am 30. und 31. März 2006 im Bundeshaus**

Fr., 31.03.2006, 10.30 – 12.45 Uhr

### **5. Thema: Familiennachzug**

Referentin:  
Hiltrud Stöcker-Zafari, Dipl. Päd.  
Bundesgeschäftsstelle – Referat Beratung



Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften beschäftigt sich seit 34 Jahren mit den Belangen eingewanderter Paare und Familien. Unsere Kenntnisse basieren auf diesem Hintergrund. Wir erhalten jährlich ca. 16.000 Anfragen, ein Großteil hiervon, ca. 60%, ist dem Bereich Einreisevisum von Familienangehörigen, Einreise zur Eheschließung, Ehegatten- sowie Kindernachzug zuzuordnen.

## 1. Besuchervisum für Familienangehörige

Um eingewanderten Familien in Deutschland ein Familienleben zu ermöglichen, können Familienangehörige, die in einem Drittstaat leben, ein Besuchervisum für Deutschland erhalten. Hierfür sprechen Angehörige, die im Bundesgebiet leben, eine Einladung aus und erklären sich bereit, die Kosten für den Aufenthalt des Besuchs zu übernehmen. Bei der abzugebenden Verpflichtungserklärung prüft die kommunale Behörde die Bonität des in Deutschland lebenden Einladers. Die Prüfung der Bonität erfolgt kommunal verschieden. In vielen Kommunen wird das pfändungsfreie Einkommen zugrunde gelegt.

### Erfahrungen -

Insbesondere seit der „Visaaffäre“ im letzten Jahr werden Besuchervisa von Familienangehörigen aus Drittstaaten noch restriktiver als zuvor erteilt. Selbst Familienangehörige, die bisher mehrfach in Deutschland zu Besuch waren, erhielten kein Visum mehr, obgleich sie die gleichen Unterlagen wie gewohnt vorlegten. Dies führt natürlich zu einer großen Irritation bei den Familienangehörigen, da sich die gesetzlichen Bestimmungen in der Zwischenzeit nicht geändert haben, und es für die Antragsteller/-innen nicht nachvollziehbar war bzw. ist, warum einem Antrag nun nicht mehr entsprochen wird, der in der Vergangenheit regelmäßig zur Bewilligung führte. Folglich wird die Ablehnung des Einreisevisums von den Antragsteller/-innen als Willkür der Behörde oder das gesamte Prozedere als ein kostspieliges Glücksspiel wahrgenommen.

Verstärkt wird diese Empfindung

- durch umgehende schriftliche Ablehnung, während in der Vergangenheit für den gleichen Bearbeitungsvorgang mehrere Wochen Zeit beansprucht wurde oder
- durch das Hinhalten der Antragsteller/-innen, die erst nach einigen Tagen um weitere Angaben gebeten werden.

### Beispiele –

*Frau M. wurde von ihrem Bruder, deutsch verheiratet, zum Weihnachtsfest im Kreis der deutschen angeheirateten Familie eingeladen. Auch die Schwiegereltern des Bruders freuten sich auf diesen Besuch, sprachen eine zusätzliche Bürgschaft gegenüber der Ausländerbehörde aus. Der Antrag wurde von der Botschaft in **Israel** innerhalb 10 Tagen abgelehnt. Die Kosten, die dem Bruder entstanden sind, belaufen sich auf insgesamt 225 € (50 € für DHL, 25 € für die Einladung, 100 € für die Krankenversicherung, 50 € Bearbeitungsgebühr für das Visum). Eine Begründung wurde nicht gegeben.*

*Auch die Schwester eines Algeriers, der ebenfalls seit Jahren mit seiner deutschen Ehefrau in Deutschland lebt, erhielt kein Visum für den Familienbesuch. Sie besuchte bereits mehrfach ihren Bruder und nahm auch diesmal den beschwerlichen Weg von 1000 km mit dem Bus zur Botschaft*

*nach **Algier** in Kauf, um dort vorzusprechen und den Antrag persönlich abzugeben. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die Rückkehrbereitschaft nicht als gegeben angesehen wurde. „Dies ergibt sich insbesondere aus der Tatsache, dass Sie weder über ausreichende familiäre noch wirtschaftliche Bindungen an Ihr Heimatland verfügen. Sie sind nicht eigenständig familiär verwurzelt, da Sie noch keine eigene Familie haben, Sie sind ledig.“ (aus dem Antwortschreiben der Botschaft auf die Remonstration der Antragstellerin).*

*Die Oma aus dem **Senegal** durfte in der Vergangenheit zweimal kommen: zur Hochzeit ihrer Tochter und zur Geburt der Zwillinge. Die Erteilung der damaligen Visa (Zeitraum: in den letzten 3-4 Jahren) bereiteten keinerlei Probleme, ebenso der Aufenthalt in Deutschland sowie die fristgemäße Ausreise. Auch in 2005 ging die Familie von den bisherigen guten Erfahrungen aus. Die Verpflichtungserklärung lag vor, die Krankenversicherung wurde abgeschlossen. Die Oma der Zwillinge beantragt an einem Montag das Touristenvisum bei der Deutschen Botschaft in Dakar. Es wird gesagt, sie solle am Dienstag wiederkommen. Am Dienstag hieß es, sie solle am Mittwoch wiederkommen. Am Mittwoch wurde ihr gesagt, sie solle am Donnerstag wiederkommen. Am Donnerstag wird sie befragt, wovon sie im Senegal ihren Lebensunterhalt bestreite. Sie erwidert, dass sie verheiratet sei und vom Einkommen ihres Mannes lebe. Der Antrag wird kommentarlos abgelehnt. Der Familie ist unbegreiflich, welche Kriterien zu dieser Ablehnung führten.*

*Frau B. ist seit 1984 deutsche Staatsbürgerin, ist deutsch verheiratet und erhält seit ca. 20 Jahren regelmäßig (alle 1-2 Jahre) Besuch von ihren Eltern aus **Belarus**. Bisher gab es keine Probleme, weder bei der Visumerteilung noch während des Aufenthaltes in Deutschland. Die Eltern reisten stets fristgemäß nach Hause. Sie wussten ja, dass sie wiederkommen konnten. Im März 2005 beantragten sie wie gewohnt das Besuchervisum und erhielten nach zwei Tagen eine Ablehnung ohne Begründung.*

Seit mehreren Monaten erhalten wir verstärkt Anfragen von Menschen, die keinen Besuch mehr aus dem Ausland empfangen können, da ihre Bonität als Einlader in Frage gestellt wird.

*Ein Deutscher möchte seinen Schwiegervater aus **Russland** einladen. Er hat bislang schon unzählige Male seine Schwiegermutter eingeladen, alles war korrekt. Er besorgt sich einen Termin und legt die geforderten Unterlagen vor: Bundespersonalausweis, drei Einkommensnachweise, Personalien des Eingeladenen. Nach zehn Minuten hält der Mann ein Papier in der Hand, dass ihm bescheinigt "Bonität nicht gegeben". Seine Familie bezieht und bezog zu keinem Zeitpunkt Sozialleistungen. Die Gehaltsbescheinigung (Steuerklasse 3, zwei Kinder) weist einen monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoverdienst von 3833,39 Euro/Monat aus, also oberhalb der Pflichtversicherungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung, resultierender Nettoverdienst 2646,23 Euro. Der Familienvater ist seit Juli 2001 beim derzeitigen Arbeitgeber tätig.*

## Empfehlungen -

Das Verwaltungsverfahren sollte durch entsprechende Vorgaben des Gesetzgebers bundeseinheitlich und transparent organisiert werden. Hierzu sind die Kriterien zur Erreichung eines Besuchervisums darzulegen und die Gründe aufzuführen, die zu einer Ablehnung führen.

Weiterhin sollte die Verwaltung aufgefordert werden, Familien über die Möglichkeiten einer Beantragung des längerfristigen Visums zur mehrmaligen Einreise nach § 6 Abs. 2 AufhG zu beraten.

Bei der Prüfung der Bonität sollte die reale Lebenssituation berücksichtigt werden:

- das Kindergeld ist als Einkommen anzurechnen, denn das Kind wird als zu unterhaltende Personen voll berücksichtigt,
- evtl. finanzielle Rücklagen der Familie für diese Zeit,
- Hinzuziehung weiterer Familienangehöriger, die im Bundesgebiet leben.

Familienbesuche sollten regelmäßig gestattet werden, damit Familien auch über Grenzen hinweg miteinander leben können. Familienbesuche sind nach anderen Maßstäben zu beurteilen als ein touristisches Sightseeing.

Die Befürchtung, dass nach einer Einreise nicht mehr ausgereist wird, können wir für die meisten Familien nicht teilen. Vielmehr ist die Bereitschaft auszureisen extrem hoch, wenn man die Gewissheit hat, wieder kommen zu können.

## 2. Aufenthalt zur Vorbereitung der Eheschließung

Aus Erfahrung sowie aus unseren Beratungen wissen wir, dass für die Vorbereitung einer Eheschließung mit Auslandsberührung eine längere Zeit eingeplant werden muss, um die erforderlichen Urkunden und Dokumente in der geforderten Form dem Standesamt vorlegen zu können.

Für Partner/-innen von Frauen bzw. Männern mit deutscher Staatsbürgerschaft oder die mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, ist keine rechtliche Regelung im AufhG für die Zeit der Ehevorbereitung bzw. für die Eingehung einer Lebenspartnerschaft vorgesehen. Erst wenn die Eheschließung unmittelbar bevorsteht, können gesetzliche Bestimmungen greifen.

### Empfehlungen –

Unseres Erachtens sollte diese Bestimmung ausgeweitet werden, um einem Paar die Möglichkeit zu geben, noch fehlende Urkunden bzw. Beglaubigungen beizubringen. Dabei sollte im Einzelfall berücksichtigt werden, aus welchem Land die Dokumente zu erbringen sind, welche Beglaubigungswege die Urkunden durchlaufen müssen. Außerdem sollte die bestehende Partnerschaft sowie die Lebensumstände des im Bundesgebiet lebenden Partners gebührend einbezogen werden. Hält sich der Partner/die Partnerin noch im Ausland auf und betreibt von dort die Einreise zur Eheschließung, so sollte diese zukünftig frühzeitig erlaubt werden, damit die Vorbereitungen zur Eheschließung gemeinsam im Bundesgebiet vorgenommen werden können. Ebenso sollte bei homosexuellen Paaren berücksichtigt werden, dass sie ihre Lebenspartnerschaft in der Regel nicht im Ausland eingehen können. Sie sind in besonderem Maß an einer frühzeitigen Einreise interessiert.

### 3. Aufenthalt von Familienangehörigen Deutscher

Zuerst möchten wir grundsätzlich kritisieren, dass deutsch-verheiratete Familien gegenüber Unionsbürger/-innen in Deutschland benachteiligt sind, denn Familienangehörige von Deutschen unterliegen den gesetzlichen Regelungen des AufhG. Dabei wird auf die Staatsangehörigkeit des Ehegatten/der Ehegattin abgestellt und nicht die grundgesetzlich garantierten Rechte des Deutschen in den alleinigen Vordergrund gestellt.

#### a) Aufenthalt nach der Eheschließung

Wir begrüßen die eindeutige Regelung in § 28 AufhG, in dem erstmalig der Rechtsanspruch auf Aufenthalt für den Ehegatten unabhängig des finanziellen Nachweises des Lebensunterhalts klar gesetzlich normiert ist.

#### Erfahrungen–

Paare berichten uns immer wieder, dass sich Ausländerbehörden nicht exakt an diese Normierung halten, sondern entsprechende finanzielle Nachweise des deutschen Partners/der deutschen Partnerin fordern. Diese Forderung wird beim Ehegattennachzug aus dem Ausland in Form einer Verpflichtungserklärung verlangt.

Paare erleben diese Situationen als immens große Verunsicherung, da ihnen suggeriert wird, dass sie nur dann mit ihrem Ehepartner in Deutschland zusammen leben können, wenn sie über ausreichende finanzielle Mittel verfügen.

Weiterhin wird uns häufig von Paaren berichtet, die außerhalb des Bundesgebietes geheiratet haben, dass die Ausländerbehörde die Ersterteilung der befristeten Aufenthaltserlaubnis an die Vorlage eines Familienbuches knüpft. Nach Beantragung des Familienbuches beim Standesamt wartet das Paar meist Monate auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, da Dokumente und Urkunden in der geforderten Form meist nicht zeitnah zu erbringen sind. In der Zwischenzeit muss das Paar die damit verbundenen Nachteile beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt in Kauf nehmen, da potentielle Arbeitgeber die erteilte Fiktionsbescheinigung als Unsicherheitsfaktor ansehen, zudem sind Reisen ins benachbarte Ausland nicht möglich.

In diesem Zusammenhang erachten wir die Ausführungen der vorläufigen Anwendungshinweise des Bundesinnenministeriums in 28.1.2 für nicht hilfreich: „Bei Anwendung des Absatzes 1 Nr. 1 kommt es nicht darauf an, ob die Ehe in Deutschland oder im Ausland geschlossen wurde. Bei jeder Eheschließung muss die Ortsform beachtet worden sein, also die am Ort der Eheschließung vorgegebene Form einschließlich der zwingenden Eheschließungsvoraussetzungen, wie sie am Eheschließungsort gelten.“

Dieser Hinweis ist widersprüchlich. Es wird zum einen ausgeführt, dass für die Anwendung dieses Paragraphen der Eheschließungsort unerheblich ist, zum anderen gilt es aber die Ortsform zu beachten.

Ein/e Mitarbeiter/-in der Ausländerbehörde wird sich durch diese Hinweise veranlasst fühlen, die Ortsform der Eheschließung zu berücksichtigen. Da er bzw. sie selbst die Ortsform nicht überprüfen bzw. feststellen kann, wird folglich der ausländische Ehegatte/die ausländische Ehegattin an das Standesamt mit dem Hinweis verwiesen, ein Familienbuch anzulegen, denn nur wenn für Deutschland

eine rechtswirksame Eheschließung zustande gekommen ist, könne anschließend die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

### **Empfehlungen –**

Die noch zu erlassenden Verwaltungsvorschriften sollten eindeutig den Verzicht des Nachweises des Lebensunterhalts formulieren.

Die noch ausstehenden Verwaltungsvorschriften sollten den Rechtsanspruch auf Aufenthalt nicht aus dem Auge verlieren und insofern die Vorlage eines Familienbuches nicht zu einer Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis erheben.

### **b) Verfestigung des Aufenthaltsstatus**

Die Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach § 28 Abs. 2 AufenthG wird in der Verwaltungspraxis an den Nachweis geknüpft, dass der Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, eigenem Vermögen oder sonstigen eigenen Mitteln bestritten wird. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, so wird keine Niederlassungserlaubnis erteilt, sondern weiterhin eine befristete Aufenthaltserlaubnis.

Aus unserer Sicht basiert diese Praxis nicht auf einer eindeutig normierten gesetzlichen Regelung. Laut § 28 Abs. 2 darf zwar kein Ausweisungsgrund vorliegen, jedoch ist keine Vorschrift zu finden, dass der Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln gesichert sein muss. Nach unseren Recherchen finden wir ebenso viele Juristen/Juristinnen, die **für** die Berücksichtigung des § 5 Abs. 1 Nr. 1 in § 28 Abs. 2 sprechen und die sich **gegen** diese Anknüpfung aussprechen.

### **Erfahrungen –**

Die Familien realisieren nicht, dass ihnen das Grundgesetz in Artikel 6 einen staatlichen Schutz garantiert. Sie erleben diesen Schutz nicht in der Verwaltungspraxis, sie sehen vielmehr ihren befristeten Aufenthaltstitel, den sie regelmäßig neu beantragen müssen und dabei stets vor Augen haben, dass ein Antrag auch angelehnt werden kann. Besorgte Nachfragen erreichen unseren Verband, in denen die Befürchtung ausgedrückt wird, ob der Ehemann/die Ehefrau wegen fehlender eigener finanzieller Mittel aus Deutschland ausgewiesen werden kann.

### **Empfehlungen -**

Der Gesetzgeber sollte an dieser Stelle eine klare Regelung erlassen.

Aus der Lebensrealität binationaler Familien wissen wir, wie wichtig die Verfestigung des Aufenthalts für das Sicherheitsbedürfnis der Familie ist. Planungen lassen sich nur sehr schwer vornehmen, wenn ihnen durch die Befristung des Aufenthaltstitels Grenzen gesetzt werden. Familien benötigen jedoch für die Gestaltung ihres Lebens sichere rechtliche Rahmenbedingungen. Daher plädieren wir für die Klarstellung in § 28 Abs. 2 und für den Verzicht auf den Nachweis des gesicherten Lebensunterhaltes. Der Grundgesetzartikel 6 gebietet diese Deutlichkeit.



#### 4. Ehegattennachzug und Kindernachzug

Grundsätzlich möchten wir anmerken, dass sich die Ausführungen in Abschnitt 6 „Aufenthalt aus familiären Gründen“ an einem klassischen Familienbegriff orientieren (Vater, Mutter, Kind) und dabei der gesellschaftlichen Realität, die durch plurale Lebensformen gekennzeichnet ist, nicht gerecht wird.

- Es fehlen beispielsweise Regelungen, die einem ausländischen Elternteil eines Kindes, das in Besitz einer Aufenthaltserlaubnis ist, ein Aufenthaltsrecht einräumt.
- Bedingt durch die weltweite Mobilität kommt es nicht selten vor, dass Paare und Familien nach einem Auslandsaufenthalt wieder ihren Wohnsitz ins Bundesgebiet verlegen wollen. Dies ist nach den bestehenden Regelungen gemeinsam nicht möglich. Das AufhG geht vielmehr davon aus, dass ein Teil der Familie, z.B. der deutsche, bereits im Bundesgebiet lebt und arbeitet und anschließend weitere Familienangehörige nachzieht. Das ist lebensfremd und führt nur zu längeren Trennungszeiten, die die Familie nicht beabsichtigte.
- Der Nachzug von weiteren Familienangehörigen, für die Sorge und Verantwortung übernommen wird, wie beispielsweise (Groß)eltern oder Geschwister, ist nach § 36 AufhG nur zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte möglich. In der Praxis kommt folglich ein Nachzug so gut wie gar nicht vor. Diese Regelung schränkt Familienleben ein, behindert zudem Eingewanderte sich auf ihren Lebensmittelpunkt Deutschland zu konzentrieren, denn die Sorge um im Herkunftsland verbliebene unversorgte Angehörige führt zu einer ständigen Unsicherheit.

##### a) Kindernachzug

Wir begrüßen den gesetzlich normierten Anspruch auf Nachzug von Kindern zu ihren Eltern bzw. sorgeberechtigten Elternteilen.

Wir kritisieren jedoch, dass das Kindschaftsrechtsreformgesetz nicht gebührend berücksichtigt wurde.

##### Empfehlungen -

Wir erleben in der Praxis immer wieder, dass die alleinige Sorge in vielen Ländern nicht gerichtlich beurkundet wird, denn nicht alle Länder kennen diese spezielle Form. Unter der Berücksichtigung des aktuellen deutschen Kindschaftsrechts, in dem die gemeinsame Sorge die Regel darstellt und die alleinige eine Abweichung in begründeten Einzelfällen, sowie das Umgangsrecht als gleichrangig bedeutend für das Kindeswohl angesehen wird, sollte auch das AufhG entsprechend nachgebessert werden.

Es sollte der Nachzug eines Kindes zu seinem umgangsberechtigten Elternteil ebenso als Anspruch vorgesehen sein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Eltern ihre gemeinsame Sorge nicht auch grenzüberschreitend ausüben dürfen.

Als extrem schwierig erleben wir jedoch in der Praxis unserer Beratungsarbeit die Verfahrensregelung des Nachzugs. Diese ist weitestgehend vergleichbar mit dem Ehegattennachzug und wird somit nicht gesondert aufgeführt.

## b) Ehegattennachzug

Das AufhG normiert Rechtsansprüche auf Einreise und Aufenthalt in Deutschland für Frauen und Männer, die mit Deutschen bzw. mit Einwanderer/-innen, die in Deutschland mit einem sicheren Aufenthaltsstatus leben, verheiratet sind. Diese Regelung begrüßen wir sehr, war sie doch in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit.

Die Schwierigkeiten, mit denen wir in unserer Beratungspraxis zu tun haben, betreffen das Verwaltungshandeln, das diese Rechtsansprüche umsetzt. Dabei erleben wir sehr häufig, dass Rechtsansprüche unterlaufen und Antragsteller/-innen zu Bittsteller/-innen gemacht werden. Viele Paare nehmen nicht mehr wahr, dass ihnen überhaupt Rechte zustehen.

### Erfahrungen –

Die Bearbeitung des Visums zum Familiennachzug erfordert eine sorgfältige Prüfung des Antrages durch die deutsche Auslandsvertretung. Dabei ist die inländische Ausländerbehörde einzubeziehen, in dessen Gebiet der Nachzug erfolgen soll. Dieses äußerst komplexe Zusammenspiel ist für die antragstellenden Paaren/Familien nicht überschaubar. Die Verfahren sind zeit- und kostenintensiv. Geraten sie ins Stocken, so ist die Ursache hierfür meist nicht nachzuvollziehen. Handelt es sich um ein Einreisevisum zur Eheschließung, so ist zusätzlich ein örtliches Standesamt involviert, wodurch die Abstimmung sowie die Zusammenarbeit der Behörden nicht vereinfacht wird.

In vielen Ländern greift zudem die deutsche Auslandsvertretung auf örtliche Anwälte, auf sogenannte Vertrauensanwälte, zurück, die die Angaben der Antragsteller/-innen auf Verlangen der deutschen Auslandsvertretung jedoch auf Kosten der Antragsteller/-innen überprüfen. Ihre Recherchen werden bei der Entscheidung über das Einreisevisum berücksichtigt. Uns erreichen viele Klagen über die Seriosität der Anwälte.

Nachfolgende Schilderung haben wir aus Berichten von Ratsuchenden zusammengestellt:

*In Beratungsgesprächen berichten uns Paare häufig, dass sie unfreundlich in den deutschen Auslandsvertretungen behandelt werden, dass ihnen kaum erklärt wird, aus welchen Gründen weitere Überprüfungen vorgenommen werden und dass sie im Unklaren gehalten werden, wie viel Zeit die Bearbeitung des Visums noch beanspruchen wird. Viele Paare warten mehrere Monate auf ihren Ehepartner/ihre Ehepartnerin, ohne dass ein Ende abzusehen ist. Sie leben getrennt voneinander, obgleich sie miteinander verheiratet sind, um zusammen zu leben. Der in Deutschland lebende Ehegatte finanziert meist beide Aufenthaltsorte und gerät selbst bei gutem Verdienst nach einigen Monaten in finanzielle Nöte. Das Verfahren unter Einbeziehung der Vertrauensanwälte verursacht hohe Kosten, die vom Urkundeninhaber zu begleichen sind. Die Seriosität der Vertrauensanwälte wird von den betroffenen Paaren angezweifelt, da diese offen zusätzliche Gelder für die Erstellung von Berichten im Sinne der Urkundeninhaber verlangen. Die gesamte Situation ist für die meisten Paare nicht überschaubar und wird daher psychisch als äußerst belastend empfunden. Die Gründe, die für eine längere Bearbeitung sprechen, sind nicht transparent. Die deutsche Auslandsvertretung verweist an die inländische Ausländerbehörde und umgekehrt. Zwischen den Behörden wird das Paar zerrieben.*



Ein Grund für langwierige Verwaltungsverfahren liegt darin, dass Behörden sicher sein wollen, dass das Paar die Absicht hat, tatsächlich in Deutschland eine eheliche Lebensgemeinschaft zu führen. Bestehen Zweifel an dieser Ernsthaftigkeit, so verlangen Behörden von dem Paar weitere Nachweise, um diese zu beheben, sie befragen das Paar getrennt voneinander, ermitteln in seiner Nachbarschaft und suchen es in der gemeinsamen Wohnung auf.

Solch ein Vorgehen liegt mangels objektiver Kriterien im Ermessen des jeweiligen Mitarbeiters der Behörde und ist damit abhängig von seinen individuellen Kenntnissen und Erfahrungen. Gemeinsames Familienleben ist grundgesetzlich geschützt und kann deshalb nicht in das Ermessen eines Behördenmitarbeiters gelegt werden.

Dieses Verwaltungshandeln ist allgemein bekannt, so dass weitere Ausführungen an dieser Stelle nicht erforderlich sind. Außerdem berühren sie auch andere Ministerien, wie das Auswärtige Amt, so dass weitere Gespräche und Erfahrungsaustausch an einem anderen Ort bzw. unter einem anderen Titel anstehen würden. Bei Bedarf sind wir gerne bereit, aus unserer Beratungspraxis weitere Details darzulegen.

## 5. Abschließende Anmerkungen

Als interkultureller Familienverband haben wir bereits in der Vergangenheit schon oft darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber einerseits Rechtsansprüche für Familien mit Auslandsberührung geschaffen hat, diese aber andererseits durch Vorgaben und Anwendungshinweise für die Verwaltung stückweit zurückgenommen werden. Aus unserer Sicht werden dabei Rechtsansprüche sowie Grund- und Menschenrechte systematisch unterlaufen. Insbesondere die bundesweit anzutreffende Überprüfungspraxis der Verwaltung binationaler Ehen greift eklatant in die Privat- und Intimsphäre von Paaren ein und stellt eine Verletzung von Grundrechten dar. Das Bürgerliche Gesetzbuch überlässt es den Individuen selbst, ihr Eheleben zu gestalten und zu formen und zwar unabhängig von der Wahl des Partners/der Partnerin. Die Beachtung dieser Grundrechte sollte zukünftig auch Eingang finden in die Vorschriften für die Verwaltung.

Wir weisen deshalb das Vorhaben der Bundesregierung entschieden zurück, die bisherige Überprüfungspraxis der Verwaltung gesetzlich zu normieren durch die Aufnahme eines zusätzlichen Absatzes in § 27 Aufenthaltsgesetz. Mit dieser Regelung werden Ehen mit Auslandsberührung diskriminiert. Sie stehen solange unter Generalverdacht, einzig und allein aus aufenthaltsrechtlichen Gründen geschlossen worden zu sein, bis der Nachweis des Gegenteils erbracht ist.

Der Gesetzgeber ist gut beraten, seine Absichten nochmals zu überdenken und entsprechend zurück zu nehmen.

Grundsätzlich sind Rechte von allen Familien zu respektieren und zu berücksichtigen, unabhängig ihrer Herkunft. Nur dann ist gewährleistet, dass sich eingewanderte Menschen langfristig auf Deutschland einlassen und sich an der Gestaltung des Landes entsprechend ihrer Möglichkeiten beteiligen.